



FORDERUNGEN

BERLINER JUGENDFORUM

2021

VON
BERLINER JUGENDLICHEN UND JUNGEN
ERWACHSENEN

AN
DIE VERTRETER:INNEN DER BERLINER
POLITIK

Stiftung SPI
Berliner JugendFORUM 2021
Reinickendorfer Straße 45
13347 Berlin



Forderungen und Ideen des Jugendausschusses Schule & Bildung

Themenbereich Inklusion & Unterstützung

1. Mehr Ressourcen

Wir fordern mehr Budget und Personal, um allen Schüler*innen in der Schule gerecht werden zu können. Dafür braucht es insbesondere mehr Schulpsycholog*innen, die sich mit Jugendamtsmitarbeiter*innen, Sachbeauftragten von der Polizei, Sozialpädagog*innen und Erzieher*innen in multiprofessionellen Teams organisieren sollen.

2. Mehr Awareness

Wir fordern, dass in den Schulen mehr über das Thema „mental health“ aufgeklärt wird. Zum Beispiel durch einen Aktionstag, bei dem betroffene Personen die Thematik erklären und sich die Schüler*innen intensiv damit auseinandersetzen können.

3. Mehr Kontakt

Wir fordern, dass Schulpsycholog*innen fester Bestandteil des Schulkollegiums sein sollen, damit sie den Schüler*innen besser vertraut sind und ein niedrigschwelliger Kontakt entstehen kann. Viel zu häufig wissen Schüler*innen gar nicht von den Angeboten, die sie nutzen könnten.

4. Mehr Bewusstsein schaffen/Aufklärung

Mit z.B. Projekttagen an Schulen sollen sich Schüler:innen intensiver mit dem Thema auseinandersetzen. Dadurch soll mehr Bewusstsein und Akzeptanz geschaffen werden. Auch sollen betroffene Personen dazu angeregt werden sich and Schulpsychologen zu wenden oder sich anderweitige Hilfe zu suchen. (Mögliche Inhalte: was machen Schulpsychologen, was können sie tun, mit welchen Themen kann man zu ihnen kommen, welche psychischen Krankheiten gibt es Anzeichen, Symptome, wie können sich Betroffene helfen lassen » mögliche Therapien, was können außenstehend Personen tun um einer betroffene Person zu helfen etc.)



5. Förderung von Schüler:innenvertretungen

- Mehr Finanzierung für die Schüler:innenvertretung
- Mehr Infos zur Schüler:innenvertretung "Was macht die Schüler:innenvertretung eigentlich ?"
- Verträge schließen mit Vereinen die SV Arbeit vorantreiben

6. Vereinfachte Integration in den Unterricht

Weniger Frontalunterricht. Unterbrechungen des Frontalunterrichtes durch z.B. darauffolgende Gruppenarbeit bietet die Möglichkeiten einzelne Themen/Arbeitsschritt etc. zu wiederholen und bei Bedarf nochmals (sowohl bei Mitschüler:innen als auch bei Lehrer:innen) nachzufragen. Gleichzeitig kann man es durch gemeinsames oder auch alleiniges wiederholen verinnerlichen. Zudem verhindert es, dass Schüler:innen alleine zu Hause aufarbeiten müssen, was sie in der Schule nicht verstanden haben.

(Auch vor der ganzen Klasse nochmal nachzufragen ist für einige schwieriger)

7. Förderungsangebote

z.B. Hausaufgabenhilfe nach der Schule mit Lehrkräften/anderweitigem pädagogischem Personal

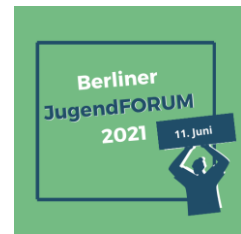
Themenbereich Digitalisierung

1. Fortbildungen umstrukturieren

Wir fordern, dass der Fortbildungsumfang verpflichtend festgelegt wird und alle drei Jahre nachgewiesen werden muss. Es braucht flexiblere Angebote der Fortbildung, die weniger organisatorischen Aufwand bedeuten.

2. Technische Mindeststandards

Wir fordern, berlinweite technische Mindeststandards (z.B. zur WLAN-Bandbreite oder Ausstattung) zu definieren, die die Schulträger entlasten und Orientierung für Rahmenvereinbarung bieten.



3. Einheitliche Verwaltungs- und Lehrplattform

Wir fordern eine einheitliche Verwaltungs- und Lehrplattform für ganz Berlin, welche sowohl das Verwalten von Fehlzeiten und Noten als auch das Hochladen von Unterrichtsinhalten und Kommunikationsmöglichkeiten umfasst. Für die Funktionstüchtigkeit müssen ausreichend Server zur Verfügung stehen und ggf. die digitale Infrastruktur ausgebaut werden.

4. Medienkompetenz fördern

Wir fordern das Fördern der Medienkompetenz auf verschiedenen Ebenen. Einerseits müssen Inhalte zu digitalen Medien im Unterricht in die Studieninhalte integriert und verbindlich festgelegt werden. Somit soll die Medienkompetenz der Lehrkräfte bereits früh geschult werden. Investitionen und die Zusammenarbeit mit den Hochschulen sowie Universitäten sind ebenso wie eine stärkere Vernetzung zwischen den „Schlüsselakteuren“ (z.B. Bildungswissenschaftler*innen, den Didaktiker*innen und den fachwissenschaftlichen Spezialist:innen) essentielle Maßnahmen. Andererseits müssen folgend die Lehrkräfte ihren Schüler*innen den Umgang mit digitalen Medien im Unterricht näherbringen. Eine Möglichkeit wäre das Durchführen des Informatikunterrichts in weiteren Jahrgängen, beginnend in der Grundschule. Chancen, Risiken und der Umgang müssen den Schüler*innen nähergebracht werden.



Forderungen und Ideen des Jugendausschusses Rassismus & Diskriminierung

Rassismus und Diskriminierung in der Schule

Wir fordern verbindliche diskriminierungskritische Inhalte im Curriculum, welche die gesamte Gesellschaft repräsentieren und abbilden. Aktuell lernen wir überwiegend mit eurozentrischen Inhalten und Perspektiven der weißen Mehrheitsgesellschaft. Diskriminierungskritischer Unterricht hängt aktuell noch von den wenigen Lehrkräften ab, die individuell die Entscheidung getroffen haben, diskriminierungskritische Lehrmaterialien und Sprache zu verwenden. Die breite Masse der Lehrer:innenschaft ist allerdings weit entfernt von einem diskriminierungskritischen Unterricht. Diese Ungerechtigkeit gegenüber marginalisierten Menschen sollten wir dringend überwinden und wichtige Perspektiven von BIPOC, Frauen*, LGBTQIA+ und Menschen mit Behinderung in den Unterricht miteinbinden.

Rassismus

Für die Überarbeitung des Rahmenlehrplans wünschen wir uns:

- Geschichtsunterricht: (Deutsche) Kolonialzeit und dessen Kolonialverbrechen aus afrozentrischer Perspektive → z.B. Genozid an Herero und Nama, Berliner Konferenz 1884 und Teilung Afrikas durch weiße Herrschende, Ausbeutung und Raub von Kunst und Eigentum
- Deutschunterricht: Pflichtlektüren von BIPOC, Frauen*, LGBTQIA+ und Menschen mit Behinderung Beispiele: Mein Name ist Ausländer (Semra Ertan), Was weiße Menschen nicht über Rassismus hören wollen aber wissen sollten (Alice Hasters), Unter Weissen (Mohamed Amjahid)

Präventiv: Wie können Institutionen diverser werden und mehr das reale Gesellschaftsbild Deutschlands widerspiegeln?

- Abschaffung von Zugangsbarrieren wie das Neutralitätsgesetz, um z.B. Frauen mit Kopftuch Berufe mit Beamt:innen-Laufbahn zugänglich zu machen

LGBTQIA+

- Aufklärungsunterricht in der Schule
- Mehr Einsatz für LGBTQIA+-Personen



- Mehr diskriminierungsfreie Räume für LGBTQIA+-Personen
- Genderneutrale Toiletten

Sexismus an Schulen:

- Frauenperspektiven im Lehrplan verankern (Geschichte, etc.)
- Gleiche Bezahlung für Frauen und Männern
- Sexualisierte Gewalt mit allen Schüler:innen im Unterricht behandeln
- Aktualisierung des Sexualunterrichts mit mehr Fokus auf Selbstbestimmung und Aufzeigen der Vielfalt geschlechtlicher Identitäten und sexueller Orientierungen
- Genderneutrale Sprache seitens der Schüler:innen in Prüfungen anerkennen (und nicht durchstreichen!)
- Sexuelle Bildung noch früher, aber kindgerecht anbieten mit Fokus auf Konsensbildung (das heißt Grenzen wahrnehmen und achten, Nein heißt Nein)

Mehr Antidiskriminierungsbeauftragte an Schulen

Wir brauchen externe Antidiskriminierungsbeauftragte:n an jeder Schule. Genauso wie es Diskriminierung und Rassismus an jeder Schule gibt, sollte es auch externe Antidiskriminierungsbeauftragte geben. Extern bedeutet in diesem Fall unabhängig von den schulinternen Strukturen und gelöst von jedem Machtgefälle zur Schulleitung. Diese Antidiskriminierungsbeauftragten sollten beratend den Schüler:innen zur Seite stehen und ihnen Möglichkeiten zum Selbstschutz und Empowerment aufzeigen.

Einbindung von diskriminierungssensiblen Themen in das Curriculum des Lehramtstudiums, mehr Fortbildungen zu den Themen für Lehrkräfte

Diskriminierungs- und rassismuskritische Pädagog:innen gibt es leider viel zu selten. Das liegt insbesondere daran, dass diese Kompetenzen im Lehramtsstudium zu kurz bis gar nicht vorkommen oder vermittelt werden. Lehrkräfte müssten sich diese Kompetenzen aus Eigeninitiative aneignen. Diskriminierungs- und rassismuskritischer Unterricht hängt also von dem beliebigen Wissensdurst und Engagement weniger Lehrkräfte ab. Das kann in Anbetracht der diversen Klassenzusammensetzung nicht richtig sein. Das gesamte schulische Personal braucht verbindliche Fortbildungen zu diskriminierungs- und rassismuskritischer Sprache und Unterrichtsmaterialien.



- Diese Fortbildungen sollten von externen dahingehend ausgebildeten Menschen durchgeführt werden. Hierbei sollte besonders die eigene Machtposition im Unterrichtskontext und eigene Privilegien (z.B. als weißer Cis-Mensch) reflektiert und untersucht werden. Auch eigene Unterrichtsmaterialien sollten auf diskriminierungs- und rassismuskritischer Ebene untersucht werden
- Pflichtlektüre: Praxisbuch Diskriminierungskritische Schule (Andreas Foitzik, Marc Holland-Cunz, Clara Riecke)



Forderungen und Ideen des Jugendausschusses

Partizipation & Teilhabe

Öffentliche Medien jugendfreundlicher gestalten

Die Berliner Landesregierung überprüft, ob die Öffentlichen Medien gegen den Medienstaatsvertrag verstoßen, indem sie kaum für Jugendliche angemessene und ansprechende Inhalte und Formate anbieten.

Mehr Medienkompetenz in den Schulen vermitteln

Die Berliner Landesregierung überprüft, ob die mediale Ausstattung der Schulen, Fortbildungsmaßnahmen für Lehrkräfte und der technische Support durch eine verantwortliche Person pro Schule gewährleistet wird.

Wahlalter senken

Die Berliner Landesregierung sorgt dafür, dass alle! Jugendlichen bis zur Wahl ausreichend informiert und vorbereitet sind, um ihrer Wahlmöglichkeit ab 16 gut nachzukommen.

Beteiligung und Teilhabe in den Bezirken

- In den Berliner Bezirken mehr Möglichkeiten schaffen, damit Jugendliche gehört werden.
- Jeder Bezirk erstellt eine Liste mit den Möglichkeiten sich zu engagieren und veröffentlicht sie in eine für Jugendliche ansprechende Form: Videos, Internetseiten usw.

Kinder- und Jugendbeauftragte:r auf Landesebene

Die Berliner Landesregierung berät gemeinsam mit den Bezirken, ob und wie ein Kinder- und Jugendbeauftragte (auf Landesebene) eine sinnvolle Unterstützung für die Bezirke darstellt, um u.a. den Aufbau und Ausbau der Jugendparlamente auf Bezirksebene und den Aufbau eines Jugendparlamentes auf Landesebene voran zu treiben. Aber auch, um besser und schneller gelingende Beispiele für Partizipation von Jugendlichen anderen nahe zu bringen.



Forderungen und Ideen des Jugendausschusses Klima & Nachhaltigkeit

Wir fordern:

- 1) Einen lebenswerten Planeten, der durch eine klimagerechte und nachhaltige Verkehrs-, Umwelt- und Energiepolitik gesichert wird.
- 2) E-Energie, die auch wirklich nachhaltig und klimagerecht in Berlin angeboten wird.
- 3) Fortbildungsangebote für Lehrkräfte zur Behandlung des Themas Klimaschutz im Bildungskontext. Das Thema kommt zu kurz und muss von der Lehrer:innenschaft aktiv in den Rahmenlehrplan und Projektarbeiten eingebracht werden.
- 4) Eine Autofreie Stadt bis 2030.
- 5) Proaktive Unterstützung der Politik für das politische Engagement von Jugendlichen - ohne dabei Greenwashing oder Politik in eigener Sache zu betreiben.
- 6) Statt durch das Label "vegan" Verzicht zu suggerieren, sollten Lebensmittel eher mit einem Hinweis versehen werden, dass sie tierische Produkte enthalten.



Forderungen und Ideen des Jugendausschusses Sport & Freizeit

Die Kinder und Jugendlichen aus Berlin fordern, dass es künftig mehr Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen geben soll.

Wir fordern mehr Mitarbeiter:innen in den Kinder- und Jugendclubs.

Wir fordern des Weiteren, dass die Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen dazu aufgefordert werden, auf den Plattformen, auf denen ihre Zielgruppe aktiv ist, auch aktiv zu werden und mehr Werbung für die Angebote der Einrichtung zu machen.

Wir fordern, dass die Jugendlichen die Freiheit haben, selbstverwaltete Räume zu bekommen beziehungsweise zu gestalten.

Eine bessere Kooperation zwischen Schulen und Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen ist uns wichtig, damit einrichtungübergreifende Projekte gestartet werden können. Hierbei können die Schüler:innenversammlungen als Vermittler:in dienen, damit Probleme gemeinsam und nicht getrennt angegangen werden können.

Wir fordern, dass Räume für die Freitagabend-Gestaltung eingerichtet werden sollen. Diese könnten ein Ort des Treffens und des gemeinsamen Austausches sein. Es sollte einen Barbereich geben, wo Ehrenamtliche arbeiten. Das Angebot sollte sich in erster Linie an die unter 18-Jährigen richten. Dadurch können zusätzliche Angebote von und für junge Menschen eingerichtet werden (Bspw. Discos).

Wir fordern mehr Sportgeräte für den Außenbereich, die die Jugendlichen benutzen können. Natürlich sollte dies mit einer Anleitung und/oder einem schriftlichen Tutorial ausgestattet sein, sodass sich niemand verletzt.

Kinder und Jugendliche fordern, dass sie ein Mitspracherecht bei Entscheidungen haben, die für Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen getroffen werden. Sie wollen selber in der Hand haben, wie die Gelder verteilt werden oder Einrichtungen umgestaltet werden.

Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen sollten für jeden Menschen zugänglich sein, unabhängig von Merkmalen (z.B. Geschlecht, Alter, Herkunft etc.).